

Umweltkommission/Finanz- und Wirtschaftskommission SP Kanton Zürich

# Green New Deal für den Kanton Zürich

Manifest für eine sofortige Dekarbonisierung (Kurzfassung)

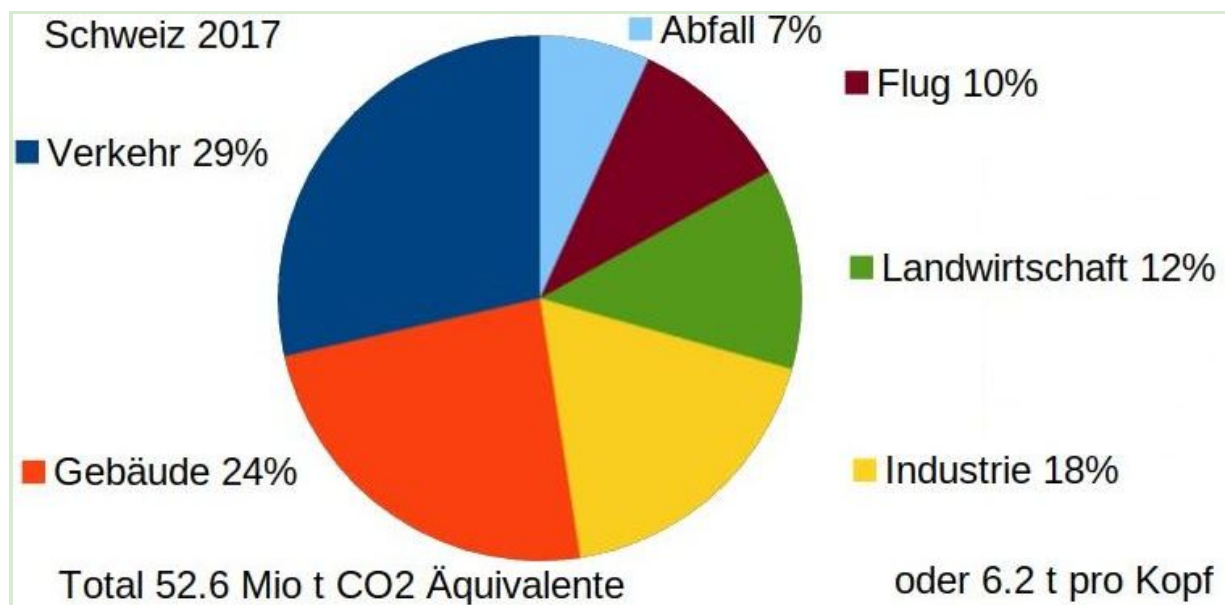


Veranstaltung vom 3. März 2020, im Sekretariat der SP Zürich

Das Projekt **Green New Deal** der beiden SP-Fachkommissionen soll aufzeigen, wie der Kanton Zürich das «Netto-Null-Ziel» in Bezug auf die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2040 erreichen kann. Ausgangspunkt ist in der Regel der SP-Klima-Marshallplan, der auf den Kanton heruntergerechnet und ergänzt wird. Die gesellschaftlichen und ökonomischen Folgen dieses Plans werden spürbar sein. Sie bewegen sich volkswirtschaftlich gesehen in einem ähnlichen Rahmen wie die Kosten für den Ausbau der Elektrizitätswerke in den 50er- bis 70er-Jahren. Sie sind angesichts der sich zuspitzenden Klimakrise und der daraus folgenden humanitären Katastrophe völlig gerechtfertigt.

Wir rechnen mittelfristig für die Volkswirtschaft aber mit einer positiven Kosten-/Nutzenbilanz und einem positiven Beschäftigungseffekt. Unser Green New Deal wird für die nächsten 20 Jahre zwischen 15'000 und 20'000 Arbeitsplätze im Bereich Gebäudesanierung und nachhaltige Energieproduktion schaffen, die teilweise spezifische Qualifikationen erfordern. Die in den nächsten Jahren anfallenden Investitionen und notwendigen öffentlichen Ausgaben dürfen nicht einseitig zu Lasten von Arbeitnehmer\*innen und Mieter\*innen gehen. Kosteneinsparungen durch die Klimasanierung der Heizungen sollen auch den Mieter\*innen zugute kommen.

Wir beschränken uns hier auf drei Hauptbereiche: Gebäude, Energieerzeugung sowie Land- und Luftverkehr. Die Bereiche Industrie und Landwirtschaft fehlen. Damit haben wir aber zwei Drittel der inländischen CO<sub>2</sub>-Verursacher abgedeckt.



Treibhausgasemissionen in der Schweiz nach Sektoren im Jahre 2017. Quelle BAFU.

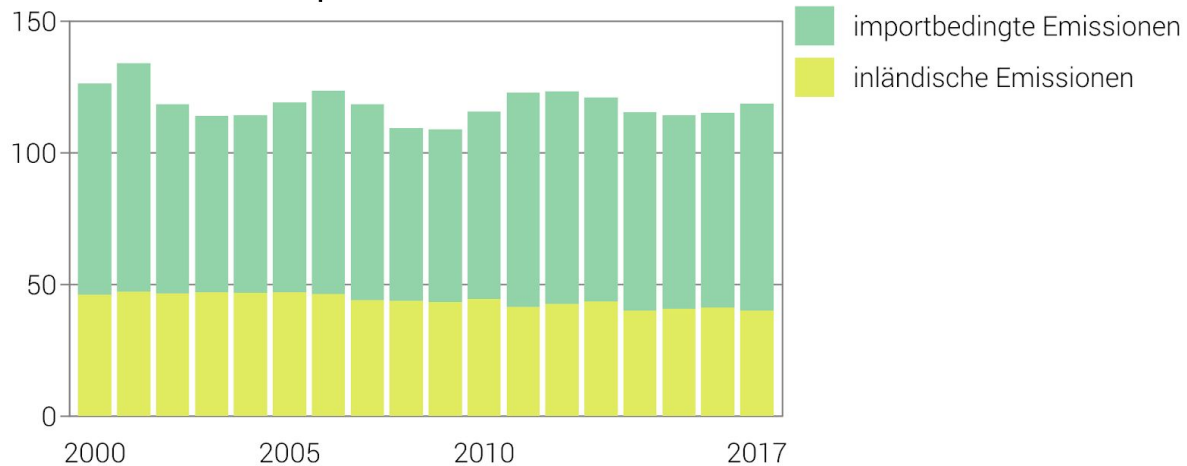
Das BAFU summiert allerdings nur die emittierten Gasmengen und berücksichtigt nicht, dass die von Flugzeugen in die Stratosphäre gestrahlten Abgase eine grössere Klimawirkung haben als bodennahe. Rechnen wir gemäss deutschem Umweltbundesamt das Doppelte, wird der Flugverkehr zum drittgrössten Klimaschädling.

Es fehlen die «grauen» CO<sub>2</sub>-Emissionen in den importierten Gütern, die sind grösser als die inländischen wie man aus dem untenstehenden Balkendiagramm sieht. Noch gigantischer sind die durch ausländische Investitionen des Finanzplatzes verursachten Emissionen.

## Treibhausgas-Fussabdruck

Treibhausgasemissionen aufgrund der Schweizer Endnachfrage

Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente



Quelle: BFS – Umweltgesamtrechnung

© BFS 2019

## 1. Dekarbonisierung der Gebäude

Im europäischen Vergleich hat die Schweiz im Gebäudesektor sehr hohe Emissionen - pro Kopf etwa 10 Mal mehr als Schweden. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen der Gebäude sanken von 1990 bis 2017 von 17 Mio auf weniger als 13 Mio t. Wir setzen hier auf eine Doppelstrategie: Die Gebäude sind weiter zu isolieren und die Öl- und Gasheizungen sind durch CO<sub>2</sub>-freie Heizsysteme zu ersetzen:

- Fossile Heizungen werden verboten:
  - In Neubauten und bei Heizungsersatz sollen fossile Heizungen sofort verboten werden.
  - Gebäude der öffentlichen Hand sollen schneller dekarbonisiert werden.
- Für Gebäude mit mehr als 30kg CO<sub>2</sub>/m<sup>2</sup>a gilt eine Sanierungspflicht (jedes Jahr 1 kg weniger).
- Die CO<sub>2</sub>-Abgabe auf 210 Fr/t wird erhöht, planbar in Richtung Kostenwahrheit.
- Massnahmen zum Mieterschutz werden sichergestellt, so dass die Kostensenkungen an die Mieter weitergegeben werden. D.h. auch keine preistreibenden. Luxus-sanierungen unter dem Deckmantel von Klimamassnahmen.
- Das Gebäudesanierungs-Programm wird verstärkt.
- Für alle Gebäude wird ein Energieaudit eingeführt.
- Der Kanton lanciert eine Informations- und Weiterbildungsoffensive.

## Volkswirtschaftliche Auswirkungen

Zeitraum	2020 - 49	2020 - 39	2020 - 29
zusätzliche Bauinvestitionen in MioFr/a	477	891	2'483
... in % der HochbauInvestitionen	5.4%	10.1%	28.3%
... in % BIP	0.34%	0.64%	1.79%
Beschäftigungseffekt in Arbeitsplätzen	+2'000	+3'700	+10'400

*Tabelle 1: Volkswirtschaftliche Auswirkungen der Dekarbonisierung der Gebäude des Kanton Zürichs in verschiedenen Zeiträumen*

Tabelle 1 zeigt, dass die Umstellung aller Heizungen auf erneuerbare Energie und die Isolierung der Altbauten bis 2049 volkswirtschaftlich nur eine kleine Mehrbelastung bringt. Das von uns priorisierte Szenario 20 - 39 ist zwar kein Spaziergang, aber (realpolitisch) machbar und es hat daneben noch Platz für weitere Investitionen, z.B. für erneuerbare Energien. Die volkswirtschaftlichen Auswirkungen einer Dekarbonisierung bis 2029 wären grösser und müssten genauer modelliert werden.

Bei den nötigen Aufwendungen handelt es sich nicht um Kosten, sondern im volkswirtschaftlichen Sinn um rentable Investitionen. In der Gesamtrechnung sind fossilfreie Heizungen günstiger als fossile und der Preisvorteil wird wohl weiter wachsen. Sie sind billiger, ohne dass die verhinderten Klimaschäden eingerechnet worden wären.

Der Beschäftigungseffekt zeigt, dass die betroffenen Branchen einen Auftragsboom erleben werden. Diesen mit inländischen Firmen und fairen Arbeitsbedingungen zu bewältigen wird eine Herausforderung, die eine Zusammenarbeit von Gewerbe, Ausbildung und Gewerkschaften erfordert.

## 2. Umstellung auf erneuerbaren Strom

Der Ausbau der PV-Produktion erfolgt in der Schweiz viel zu langsam und muss um den Faktor 6 beschleunigt werden, so dass der Ausstieg aus der fossilen und nuklearen Energieproduktion erfolgen kann. Das Ziel ist ein jährlicher Zubau von 300 MWp im Kanton Zürich. Instrumente dafür sind:

- Die Einmalvergütung von PV-Anlagen wird erhöht.
- Ausschreibung von PV-Grossanlagen (oder auch Wind)
  - So lange im Kanton Zürich jährlich weniger als 300 MWp PV-Leistung dazugebaut werden, wird die Differenz öffentlich ausgeschrieben und an die günstigsten Anbieter vergeben.
- CO<sub>2</sub>-Entfernung aus der Luft und Abgasen

- Der Kanton Zürich fördert die negativen Emissionen, indem Projekte finanziert werden, die CO<sub>2</sub> direkt aus der Atmosphäre entfernen und sicher in Gestein etc. einlagern, sowie CO<sub>2</sub> aus nicht vermeidbaren Prozessen abscheiden.
- Auf allen öffentlichen Gebäuden sind bis 2030 Anlagen für die Produktion von Solarenergie (Wärme und/oder Strom); Ziel wäre 1 GWp bis 2030.

### 3. Strassenverkehr: Weg von Diesel und Benzin

Kanton und Gemeinden verfolgen beim Verkehr drei Strategiestränge: Die "Verbesserung", die Vermeidung und die Verlagerung.

- Verbesserung:
  - Die Elektro-Lade-Infrastruktur wird schnell ausgebaut, mit Förderung durch Kanton. Wir brauchen schnell 10'000 Ladestationen - bis 2040 sollen es 40'000 sein, die die 1 Mio Autobatterien müssen auch geladen werden können
  - Bis 2025 wird der Erwerb von Elektroautos durch zinslose Darlehen gefördert. Auch Anschaffungsprämien, wie in einigen anderen Kantonen, sollen evaluiert werden.
  - Elektrofahrzeuge/Fahrzeuge mit CO<sub>2</sub>-freien Antrieben werden bevorteilt und für Fahrzeuge mit hohem CO<sub>2</sub>-Ausstoss gelten ab 2030 Zulassungsbeschränkungen in den Städten.
  - Diesel-Subventionen werden abgeschafft, die Verkehrsabgabe erfolgt nach Verbrauch.
  - Die Fahrzeugflotten von ÖV, Gemeinden und Kanton werden auf CO<sub>2</sub>-freie Antriebe umgestellt.
- Vermeidung:
  - Zentren müssen verdichtet werden.
  - Die Planung orientiert sich an Polyzentralen Siedlungen und Arbeitsplatzgebieten.
- Verlagerung:
  - Der ÖV wird weiter ausgebaut.
  - Velowege und Fussverkehr sowie Multimodalität (Bike&Ride, Park&Ride) werden gefördert.
  - Für den Strassenbau gilt ein Moratorium, die Priorität wird auf Unterhalt gelegt.

### 4. Flugverkehr

Analog Strassenverkehr orientiert sich der Kanton an den drei Strategien Verbesserung, Vermeidung und Verlagerung.

- Der Kanton finanziert eine Studie «Masterplan Flughafen 2040, CO<sub>2</sub>-neutral und lärmarm».
- Flüge mit CO<sub>2</sub>-neutralem Treibstoff werden vom Flughafen bevorzugt, analog der Regelung bei lärmarmen Flugzeugen.
- Der Anteil von fossilem Treibstoff im Flugverkehr muss abgesenkt werden, mit einem Pfad linear bis 2040 auf Null. Alternativ wird weiterhin fossiler Treibstoff verbrannt, dessen Emissionen müssen bis 2040 vollständig aus der Atmosphäre entfernt werden mit DACCS (Direct Air Carbon Capture and Storage).

- Der Flughafen Kloten verzichtet auf weiteren Kapazitätsausbau (Südstarts, Infrastruktur, Auslagerung).
- Die Nachtruhe wird von 22-7 Uhr verlängert mit strengeren Ausnahmeregelungen.
- Die Bahnverbindungen im Inland und zu den europäischen Grossstädten werden verbessert.
- Die ÖV-Verbindungen zum Flughafen werden verbessert, Parkplätze vermindert und/oder verteuert.
- Die Flughafentaxe wird durch eine CO<sub>2</sub>-Gebühr ergänzt.

## 5. Kosten und Finanzierung

Die Mittel, die der Kanton und die Gemeinden an Beiträgen und Investitionen aufwenden müssen, um das Netto-Null-Ziel bis 2040 (der SP-Klimamarshallplan rechnet 2045) zu erreichen, sind beträchtlich. Es handelt sich dabei aber vor allem um Investitionen in die Zukunft, die sich mittelfristig für die Volkswirtschaft positiv auswirken. Unsere Schätzung der zusätzlichen nötigen Mittel findet sich in Tabelle 2 nebenan.

Zusätzliche 1067 Millionen Franken pro Jahr an öffentlichen Mitteln erscheint viel. Dies sind aber «nur» rund 4 Prozent aller Steuereinnahmen im Kanton (Gemeinden, Kanton und Bund), d.h. es handelt sich um Aufwendungen, die durchaus verkraftbar sind. Die Autoren des Marshallplans SP Schweiz schlagen vor, die Aufwände durch den Bund zu bezahlen. Das wird Thema politischer Ausmarchung - aber für die Steuerzahler\*innen macht es wenig Unterschied, ob sie via Bundes- oder Kantonssteuern ihren Beitrag leisten.

Die Erhöhung der laufenden Ausgaben, wie die Beiträge an Private oder die Ausgaben für die Umlagerung des Verkehrs, müssen aus Steuermitteln gedeckt werden. Hier verweisen wir auf die Vorschläge der SP für ein gerechteres Steuersystem.

Wir haben darauf geachtet, dass die 266 Mio Fr. die sich in der Kolonne *zusätzliche Investitionen* summieren, nicht aus der laufenden Rechnung von Kanton oder Gemeinden abgeschrieben werden müssen, sondern zum Beispiel durch reduzierte Heizkosten. Sie können also problemlos über Kredite finanziert werden.

Die hier geforderten Beiträge an Private und öffentlichen Investitionen haben eine wirtschaftliche Hebelwirkung und lösen ein Vielfaches an privaten Investitionen aus. Dies bedeutet positive Impulse für die Entwicklung der Arbeitsplätze und die Innovationskraft des Kantons. Wirtschaftszweige mit grossem Zukunftspotential werden gefördert.

Bereiche	21% des Marshallplans (Anteil ZH) MioFr/a	finanzielle Auswirkungen für Kanton und Gemeinden	
		zusätzliche Kosten ZH MioFr/a	zusätzliche Investitionen MioFr/a
C2 Aufstockung Gebäudesanierungsprogramm	168		
Kantons- und Gemeindegebäude: zusätzliche Bauinvestitionen			128
C3 Mieterschutz	63		
C7 Informationsoffensive	11		
F1 Erhöhung Einmalvergütung	42		
anderweitige Reduktionen	-42		
F2 Bau grosser PV-Anlagen	53		
PV-Anlagen auf allen öffentlichen Gebäuden (bis 2030)		20	100
F3 Speicherwasserkraft	42		
F4 Power-to-X, Förderung lokaler Saisonspeicher	6		
Investitionen in DACCS und CCS		10	
A2 Flottenelektrifizierung	42		
Elektrifizierung Gemeinde- und Kantonsfahrzeuge (bis 2030)			25
Elektrifizierung von 730 ZVV Bussen			13
A4 Ladeinfrastruktur	21		
A5 Moratorium Strassenbau	-63		
A9 elektrische Bau- und Landwirtschaftsmaschinen	4		
B2 Verbesserung Bahnverbindungen zum Ausland	42	30	
restliche Ausgaben Marshallplan	256		
<b>Total nötige Mittel</b>	<b>645</b>	<b>60</b>	<b>266</b>
In % der Steuereinnahmen 21% Bund bzw. Kanton Zürich+Gemeinden	4.6%	0.4%	2.0%

*Tabelle 2: Aufwände für den Marshallplan und New Green Deal für den Kanton Zürich*

## URLs

- <https://spkantonzh.ch/aktuell/artikel/green-new-deal/>
- dieses Kurzpapier:  
<https://spkantonzh.ch/app/uploads/2020/02/greenNewDealZürichKurz.pdf>
- vollständiges Papier:  
<https://spkantonzh.ch/app/uploads/2020/02/greenNewDealZürichLang.pdf>



*Projektskizze der Axpo: Alpine Photovoltaik auf der Staumauer des Muttses (GL)*